

## Atomwirtschaft

## Die Atomenergie kostet die Bundesbürger bereits 258 Milliarden Euro Subventionen

### Erste umfassende Bilanzierung der staatlichen Förderung von Atomenergie in Deutschland

Die Nutzung der Atomenergie in Deutschland kostete die Bundesbürger von 1950 bis 2008 mindestens 165 Milliarden Euro an staatlichen Fördermitteln. Mindestens 92,5 Milliarden Euro an Ausgaben kommen künftig noch hinzu. Diese tatsächlichen Kosten der Atomenergie beziffert jetzt eine von Greenpeace beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft in Auftrag gegebene und Anfang September 2009 vorgestellte Studie. Dabei handelt es sich um die erste umfassende Bilanzierung der staatlichen Förderung der Atomenergie in Deutschland. Die in der Greenpeace-Studie bezifferten bisherigen realen Fördermittel von 165 Milliarden Euro set-

zen sich zusammen aus direkten Finanzhilfen des Bundes wie Forschungsförderung, Kosten für den Betrieb der Atommüllendlager Asse II und Morsleben und die Stilllegung der ostdeutschen Atommeiler. Hinzu kommen Steuervergünstigungen, beispielsweise die Nichtbesteuerung bis 2006 im Vergleich zu anderen Energieträgern und budgetunabhängige Leistungen. Damit finanzieren die Steuerzahler jede Kilowattstunde Strom mit rund vier Cent zusätzlich zum Strompreis.

In ihren Subventionsberichten hingegen führt die Bundesregierung lediglich Atomsubventionen von weniger als 200

Millionen Euro auf. Greenpeace fordert die Bundesregierung auf, alle Subventionen für die Atomkraft offenzulegen und Fördermittel künftig nur noch für Erneuerbare Energien und effiziente Brennstoffnutzung auszugeben.

„100 Milliarden Euro Gewinn haben E.on, RWE, Vattenfall und EnBW allein seit 2002 gemacht. Es ist unerträglich, daß die Bundesregierung dennoch erhebliche Kosten und Risiken der Atomkraft übernimmt und die exakte Höhe der Subventionen auch noch verschleiert“, sagte Andree Böhling, Energie-Experte von Greenpeace.

Ursache für die enorme Differenz zwischen den von der Bundesregierung veröffentlichten und den tatsächlichen Fördergeldern ist der äußerst eng gefaßte Subventionsbegriff der Regierung, der unter anderem spezielle Steuervergünstigungen und budgetunabhängige Regelungen wie die Vorteile der Atomenergie durch staatliche Bürgschaften oder Strompreiserhöhungen

durch den Emissionshandel nicht berücksichtigt. Die Begünstigungen der Atomkraft lägen laut Studie noch weitaus höher, wenn die Betreiber der AKW vollständig für eine Haftpflichtversicherung im Falle eines nuklearen Unfalls aufkommen müßten, für sie also die gleichen Haftungsregeln gelten würden wie für andere Wirtschaftsbereiche. Dann wäre Atomstrom um bis zu 2,70 Euro pro Kilowattstunde teurer und damit weder bezahlbar noch wettbewerbsfähig. Eine exakte Bestimmung dieser externen Kosten ist aber schwierig und wissenschaftlich umstritten.

„Atomkraft rechnet sich nur für die Stromkonzerne, die die Bundesbürger gleich zwei Mal abkassieren – als Stromverbraucher und als Steuerzahler“, so Böhling. Greenpeace fordert einen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2015 und hat mit dem Energiekonzept „Klimaschutz: Plan B 2050“ aufgezeigt, wie dies umsetzbar ist.

[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de) ●

## Buchmarkt

## Demokratie gegen den Machiavellismus der Machtpolitik

### Francis A. Boyle: Bereits die Politik der atomaren Abschreckung ist ein Verbrechen.

„Ich bin wahrscheinlich der Einzige hier im Saal, der Atomkriegs-Erfahrungen hat.“ Er hoffe, daß er mit diesem Eingeständnis kein Staatsgeheimnis verrate. Das erklärte Willy Wimmer, von 1976 bis 2009 CDU-Bundestagsabgeordneter und von 1988 bis 1992 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, während einer Tagung „Frieden durch Recht?“, die am 26. und 27. Juni 2009 in der Berliner Humboldt-Universität statt-

fand. Sie war von der Juristenvereinigung IALANA und zahlreichen weiteren Organisationen, darunter die „Neue Richtervereinigung“ sowie die „RichterInnen und StaatsanwältInnen in der Gewerkschaft Ver.di“ veranstaltet worden.

Wimmer bezog sich dabei auf seine Teilnahme als „Verteidigungsminister Üb“ an der NATO-Übung WINTEX/FALLEX im Jahre 1986 im damaligen Atombunker („Dienst-

stelle Marienthal“) der Bundesregierung tief unterhalb der Weinberge nahe dem rheinland-pfälzischen Ahrweiler-Bad Neuenahr. Wie Wimmer weiter berichtete, habe im Verlaufe dieser NATO-Übung das NATO-Hauptquartier in Brüssel um Zustimmung der zuständigen deutschen Stellen zu einem Einsatz von Nuklearwaffen gegen Ziele in der damaligen DDR ersucht, unter anderem gegen Dresden und eine weitere ostdeutsche Großstadt. Er, Wimmer, sei von dieser Anforderung völlig überrascht worden und sei entsetzt gewesen. Er habe es abgelehnt, an der Planung eines Atomwaffeneinsatzes auf Ziele in Ostdeutschland und damit gegen die ostdeutsche Bevölkerung – wenn auch „nur“ übungsweise – mitzuwirken. In dieser Situation habe er sofort Kontakt mit dem

damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (CDU) aufgenommen und ihn von diesem für ihn unerhörten Vorgang in Kenntnis gesetzt. Bundeskanzler Kohl habe daraufhin entschieden, daß sich die Vertreter der Bundesregierung sofort aus der weiteren Übung zurückziehen und sich keinesfalls an diesen nuklearen Planspielen gegen Ziele wie Dresden und andere ostdeutsche Städte beteiligen sollten. Deutschland habe, so Wimmer, deshalb seine weitere Mitwirkung an dieser NATO-Übung – vier Tage vor ihrem Ende – eingestellt. Die Übung sei dann – ohne deutsche Beteiligung – fortgesetzt worden. Niemand in der Öffentlichkeit habe davon etwas erfahren. In den Folgejahren habe es weitere WINTEX/FALLEX-Maßnahmen der NATO gegeben, die im Regierungsbunker bei Ahr-

weiler stattgefunden hätten. Erst nach dem Fall der „Berliner Mauer“ seien diese 1990 endgültig eingestellt worden.<sup>1</sup> [1]

IALANA begrüßt diese Enthüllung des CDU-Bundstagsabgeordneten Willy Wimmer. Solche Offenbarungen von Insidern seien in der Militär- und Sicherheitspolitik von besonderer Bedeutung. Dadurch werde die Bevölkerung in die Lage versetzt, skandalöse Vorgänge dieser Art kritisch zu diskutieren. Im Bereich der NATO-Nuklearpolitik sei dies besonders wichtig, weil die deutsche Bundesregierung – trotz des von Deutschland in Artikel II des Atomwaffensperrvertrages und im sogenannten Zwei-Plus-Vier-Vertrag völkerrechtlich verbindlich erklärten Verzichts auf jede unmittelbare und mittelbare Verfügungsgewalt über Atomwaffen – weiterhin auf seiner „nuklearen Teilhabe“ im Rahmen der NATO beharre. Zur „nuklearen Teilhabe“ gehöre insbesondere, daß Deutschland nach wie vor in der „Nuklearen Planungsgruppe“ der NATO mitwirke, daß in geheimgehaltenen Bunkern in Deutschland nach wie vor eine unbekannte Anzahl Atomwaffen mit einer vielfachen Zerstörungskraft der in Hiroshima und Nagasaki eingesetzten Nuklearwaffen gelagert werden, die im Spannungs- oder Kriegsfall von den US-Streitkräften auch deutschen Einsatzkräften der Bundeswehr für den Abwurf auf feindliche Ziele entgegen den Regelungen des Atomwaffensperrvertrages zur Verfügung gestellt würden und daß die Bundeswehr nach wie vor Atomwaffenträger in Gestalt der Tornado-Flugzeuge bereithalte und regelmäßig mit einem im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten

Luftwaffenverband Atomwaffeneinsätze übe.

IALANA fordert, daß die NATO ihre Nuklearstrategie grundlegend verändert, um den völkerrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden, die sich aus der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1996 ergeben, wonach der Einsatz und die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen grundsätzlich völkerrechtswidrig ist und alle Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrages nach dessen Artikel VI völkerrechtlich verpflichtet sind, unverzüglich Verhandlungen über eine vollständige nukleare Abrüstung aufzunehmen und zu einem positiven Abschluß zu bringen.

Francis A. Boyle, Völkerrechtsprofessor an der Universität von Illinois (USA), hatte bereits im Jahr 2002 ein Buch veröffentlicht, das die US-amerikanischen Atomkriegspläne sichtete und von der „Kriminalität der nuklearen Abschreckung“ spricht. In einer von der schweizerischen Genossenschaft Zeit-Fragen besorgten Übersetzung liegt dieses Buch jetzt auch in Deutsch vor [2]. Boyle belegt, weshalb der von der US-Regierung und speziell unter dem Präsidenten Bush junior geführte „Krieg gegen den Terror“ von Anfang an verlogen war und diese Regierung bereit war, nicht nur mit dem Atomwaffeneinsatz zu drohen, sondern Atomwaffen auch wirklich für ihre Angriffskriege einzusetzen. Er beurteilt diese US-Politik aus völkerrechtlicher Sicht, zieht dazu das vorhandene Völkerrecht, internationale Abkommen und Gutachten des Internationalen Gerichtshofes zur Beurteilung eines Atomwaffeneinsatzes heran und weist nach, daß die Pläne, Atomwaffen einzusetzen, schon innerhalb der reinen Abschreckungsdoktrin völkerrechtswidrig und ein Kriegsverbrechen sind, um so mehr, wenn damit Angriffskriege geführt werden sollen.

Francis A. Boyle schließt sein Buch mit einem Kapitel „Demokratie versus die atomare Machtelite“ und ruft dazu auf, dem Machiavellismus der US-Politik zivilen und demokratischen Widerstand entgegenzusetzen. Je mehr es gelinge, die Außenpolitik der USA auf eine demokratische Grundlage zu stellen, desto friedlicher und rechtmäßiger werde die US-Regierung handeln. Der Machiavellismus der Bush-Regierung hingegen würde die Verfassung, die Herrschaft des Rechts und die Demokratie zerstören und die Menschheit den brutalen und blutigen Händen der geopolitischen Akteure der Machtpolitik überlassen. Im thermonuklearen Zeitalter habe die Menschheit eine Wahl zu treffen, bei der es um ihre Existenz gehe.

„Die Sprache der Militärs und Politiker gibt regelmäßig Aufschluß über deren Absichten. Nur wer sich in der Analyse von Sprachstrategien übt, vermag deshalb rechtzeitig zu erkennen, welchen Weg die Kriegsherren einzuschlagen gedenken. Wo beispielsweise ein bestimmter Politiker mit Hitler verglichen wird, wo von der „Achse des Bösen“ die Rede ist, oder vom „Kreuzzug gegen das Böse“, oder von der „Mutter aller Schlachten“, da ist der Wille zum Krieg vorhanden und die Entscheidung, ihn ins Werk zu setzen, in der Regel bereits gefallen.“ Das erklärt Wolfram Wette, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Freiburg, jetzt in einem Beitrag über historische Verschleierungsmuster und „Lügen im Dienste des Krieges“ in der September-Ausgabe 2009 der Blätter für deutsche und internationale Politik [3]. Auch Wette setzt auf eine demokratische Gegenstrategie. Der Vietnamkrieg von 1964 bis 1975 habe gezeigt: Mit einer freien und unzensurierten Presse, die das Beschweigen des Tötens und der Todesangst durchbricht und das Grauen darstellt, „ist kein

Krieg von einiger Dauer zu gewinnen“. Aber auch die andere Seite hat seither dazugelernt: „Seit den Erfahrungen des Vietnamkrieges gaben die Militärs das Informationsmonopol nie mehr aus der Hand. (...) Sie wissen genau: Was wir tun, kann sich nicht sehen lassen! Berichte über das Töten und die Todesangst müssen von den Menschen ferngehalten werden, wenn die Moral nicht zusammenbrechen soll. Diese Maxime eines gelenkten „embedded journalism“ kam insbesondere in den verschiedenen Golfkriegen der letzten 20 Jahre zur Anwendung.“

1. International Association of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA), Deutsche Sektion: Hat die Bundesregierung noch 1986 an der Planung von Atombombeneinsätzen gegen Dresden und andere ostdeutsche Städte mitgewirkt? Pressemitteilung, Berlin 17.07.2009, www.ialana.de

2. Francis A. Boyle: The Criminality of Nuclear Deterrence. Could the U.S. War on Terrorism go Nuclear? Clarity Press, Atlanta 2002, ISBN 0-932863-33-7. Deutschsprachige Ausgabe: Das Verbrechen der atomaren Abschreckung. Wird der Krieg der USA gegen den Terror zum Atomkrieg? Verlag Zeit-Fragen, Zürich 2009, 271 S. Pb., ISBN 3-909234-07-0, 978-909234-07-3, www.zeit-fragen.ch

3. Wolfram Wette: 1939 bis 2009: Lügen im Dienste des Krieges. Blätter für deutsche und internationale Politik, 54. Jahrg. 9/2009, S.83-94, ISSN 0006-4416 www.blaetter.de ●

## UV-Strahlung

# Mindeststandards für Solarien gefordert

Wer vor dem 30. Lebensjahr regelmäßig Solarien nutzt, steigert sein Risiko, an Hautkrebs zu erkranken, um bis zu 75 Prozent. Um dieser Ent-

<sup>1</sup> Strahlentelex fragt sich, weshalb Wimmer anstatt die WINTEX-Übung zu verlassen, nicht seine Zustimmung zum Einsatz von Atomwaffen auf Städte in der DDR verweigert hat.